

Prof. Dr. Franz Segbers: Rede zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki am 6. Augst 2026. Konstanz, Münsterplatz

Liebe Friedensfreunde und Friedensfreundinnen,

es ist gut, in der Gluthitze einen Sonnenschirm zu haben. Er schützt. Es ist gut, bei Regen ein Regenschirm zu haben. Der schützt vor Regen.

Doch ein Atomschirm schützt nicht. Im Gegenteil: Er zieht Atomraketen an. Das Wort Atomschirm ist ein Falschwort. Es gaukelt Sicherheit vor. Es provoziert die Gefahr. Wir müssen diese Täuschung entlarven. Der Atomschirm ist eine atomare Abschreckung mit Androhung von wechselseitigem Völkermord durch Kernwaffen.

Heute und am 9. August haben vor 81 Jahren US-Streitkräfte Atombomben auf die Städte Hiroshima und Nagasaki geworfen. 65.000 Menschen starben unmittelbar und weitere 200.000 im Verlauf der kommenden Jahre. Das ist ein Menschheitsverbrechen von einem ungeheuerlichen Ausmaß. Das Ausmaß der Zerstörung und der Verletzung brannte sich durch die Bilder der bedrohlichen Atompilze ins Menschheitsgedächtnis ein.

Die beiden im Krieg eingesetzten Atomwaffen sind Mahnung und Verpflichtung, niemals wieder auch nur mit dem Einsatz solcher Waffen zu drohen. Hiroshima erinnert uns daran: Nicht die Fähigkeit zur Vernichtung schafft Frieden, sondern die Bereitschaft zur Frieden ohne Gewalt.

Wir wissen, was einmal geschehen ist, kann noch einmal geschehen kann. Deshalb stehen wir heute hier und verneigen uns vor den Opfern. Die entsetzlichen Bilder von Tod und Zerstörung durch die Atombombe vor Augen, hatte die Menschheit gelernt: Drohung mit und Einsatz von Atomwaffen verstoßen grundsätzlich gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts. So heißt es in einem Gutachten, das der Internationale Gerichtshof vor genau dreißig Jahren in einem Gutachten festgestellt hat.

Seit 30 Jahren gilt: Völkerrechtlich verboten ist die Herstellung, Erprobung, den Besitz und die Lagerung, die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Atomwaffen verstoßen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte. Die Politik sollte endlich das Völkerrecht und die Menschenrechte ernstnehmen. Denn immer lauter werden die Stimmen aus der Politik, die einen atomaren Schutzschirm fordern. Das Verbot von Atomwaffen ist geltendes Völkerrecht seit 2021.

Deshalb war es richtig, dass der Bundestag 2010 fraktionsübergreifend den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland beschlossen hat. Doch die Bundesregierung hat nichts getan, diesen Auftrag zu erfüllen. Nicht nur das. Heute setzt man wieder auf Erstschlagfähigkeit und eigene Überlegenheit. Die NATO bereitet sich auf eine weitere nukleare Aufrüstung in Europa vor und plant Atomwaffen nahe der Grenze zu Russland zu stationieren. Atomwaffen werden modernisiert, ihre Anwendung wird wieder öffentlich erwogen, militärische Stärke gilt vielerorts mehr als das Völkerrecht, und Millionen Menschen werden zu Opfern einer Politik, die Macht über Menschlichkeit stellt.

Neue US-Atombomben wurden schon in Großbritannien stationiert. Bis zu 150 Atombomben sollen zusätzlich in Europa stationiert werden. Frankreich will seine Bestände an Kernwaffen aufstocken. Bundeskanzler Merz führt Gespräche mit Frankreich über eine stärkere Zusammenarbeit auf Basis der französischen Atomwaffen gibt. Und erstmals will sich die Bundeswehr an einer Nuklearübung der französischen Armee beteiligen.

Politiker fordern die nukleare Teilhabe auch Deutschlands. Wir müssen am heutigen Tag in Erinnerung an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki klar sagen, welchen Zweck die Atombewaffnung verfolgt: Atomare Abschreckung ist die Androhung von wechselseitigem Selbstmord!

Noch einmal der Internationale Gerichtshof vor 30 Jahren:

„Atomwaffen können in ihrer Vernichtungskraft weder in Raum noch Zeit eingedämmt werden. Sie können die gesamte Zivilisation und das gesamte Ökosystem des Planeten zerstören.“ Punkt!

Im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts hatten beide Supermächte das Interesse, das atomare Patt beizubehalten und sich gegenseitig durch Begrenzungsabkommen zu kontrollieren. Es gab weltweit Rüstungskontrollvereinbarungen, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsverträge.

Doch heute gibt es keine einziges Abkommen über atomare Rüstungskontrolle. Der Abrüstungsvertrag für Atomwaffen zwischen den USA und Russland ist im Februar ausgelaufen. Und noch gibt es keine weitere Vereinbarung. Heute sind so gut wie alle rüstungsbegrenzenden Abkommen aufgekündigt. Der immer schnellere Aufstieg die Eskalationsleiter hinauf scheint keinen Haltepunkt mehr zu haben, da es in der diplomatiefreien Konfrontation keine Verständigungsebene mehr gibt.

Zentrale Einsicht aus dem Kalten Krieg ist: Sicherheit gibt es gemeinsam. Friedensfähigkeit benötigt ein kollektives Sicherheitssystem. Egon Bahr und Willy Brandt wussten das.

Für meine Generation gehörten Bilder wie Willy Brandts Kniefall in Warschau, Helmut Kohl und François Mitterrand Hand in Hand in Verdun oder die Zustimmung Michail Gorbatschows zur deutschen Wiedervereinigung zum moralischen Fundament der Bundesrepublik. Sie standen für Verständigung und den festen Willen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Es ist ein anderes Deutschland als das, das Merz mit seiner Ankündigung bauen will – nämlich Deutschland zur stärksten Armee in Europa zu machen.

Gegen diesen globalen Aufrüstungstrend mit dem Tod halten die Kirchen an:

Papst Leo hat jüngst in seinem neuen Buch klargestellt: „Nicht Atomwaffen schaffen Frieden, sondern Abrüstung.“ Er zitiert – ungewöhnlich genug – Bob Dylan mit seinem Song: „Ich hasse dich – so Bob Dylan -, denn du bist von Menschen gemacht und der Mensch besitzt dich und der Mensch hantiert mit dir.“ „Atomwaffen verletzen unsere gemeinsame Menschlichkeit und verraten auch die Würde der Schöpfung, deren Harmonie zu bewahren wir berufen sind,“ so der Papst.

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates hat mit ihren Delegierte aus fast 400 evangelischen, orthodoxen und alt-katholischen Kirche aus aller Welt 2013 in Südkorea erklärt: Atomwaffen dürfen keinen Platz mehr in der Welt haben, sie dürfen kein Mittel der militärischen Auseinandersetzung sein und man darf auch mit ihnen nicht drohen. Deshalb hat die Vollversammlung der Kirchen klar gesagt: Der Besitz, die Drohung und der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken ist eine Sünde!

Ich habe an einer ökumenischen Friedensschrift mitgearbeitet. Sie trägt den programmatischen Titel. „Wer Frieden will, muss mit dem Feind reden“. In ihr haben wir gesagt: Mit Atomwaffen schafft man keinen Frieden. Deshalb reicht ein Verbot von Atomwaffen nicht. Ohne eine Abkehr vom Prinzip der Abschreckung gibt es keine wirkliche atomare Abrüstung. Die Logik der Kriegstüchtigkeit muss ersetzt werden durch eine Logik des Friedens.

Wir lassen trotz der Propaganda der Kriegstüchtigkeit nicht davon ab: Die Kriege und Krisen unserer Zeit lassen sich überwinden, wenn wir grundlegende Empfehlungen der Friedens- und Konfliktforschung beherzigen, die der biblischen Friedensbotschaft entsprechen. Unsere

Antwort auf die Bedrohung durch Nuklearwaffen sind nicht Atomwaffen, sondern der Aufbau von gegenseitigen Vertrauens. Atomwaffen sind weltweit zu ächten und gehören abgeschafft.

„Wer Frieden will, muss mit dem Feind reden“. Dieser Titel unserer Ökumenischen Friedensschrift bedeutet eine Umkehr der Perspektive: Die Ursache von Konflikten liegen nicht nur beim Gegner. Auch wir haben einen Anteil am Konflikt. So geben die Nato-Staaten derzeit etwa zehnmal so viel Geld für ihre Streitkräfte aus wie Russland. Kann man sich dann wundern, dass diese Überrüstung Angst erzeugt?

Wer Frieden sucht, der muss die Welt durch die Augen der Anderen sehen. Auch und gerade durch die Augen derer, die wir gelernt haben, Gegner zu nennen oder Feind. Wer in der Logik des Friedens denkt, der sucht nicht nach Überlegenheit. Wer in der Logik des Friedens denkt, der weiß, dass Überlegenheit Ängste auslöst.

Überlegenheit schafft keinen Weg zum Frieden, sondern setzt auf Gewalt. Der Spitzensatz in unserer Ökumenischen Friedensschrift lautet: „Friede ist nicht durch militärische Gewalt und Drohung zu erreichen. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit.“ Man muss die Gründe, die dem anderen Angst machen, sehen und abbauen. Wir brauchen Verhandlungen. Und wenn der andere sie nicht verhandeln will, dann muss man Verhandlungen herbeiverhandeln. Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte Recht: Lieber hundert Stunden verhandeln als eine Stunde schießen.

Wir fordern in unserer Ökumenischen Friedensschrift die Kirchen unmissverständlich auf, für militärische Abrüstung einzutreten. Deutschland braucht endlich Verhandlungen über eine neue europäische Friedensordnung. Die christliche Friedensbewegung hat seit dem Kalten Krieg gesagt: Geist, Logik und Praxis einer atomaren Abschreckung führen zwangsläufig ins atomare Verderben. Die Abschreckung muss durch ein System gemeinsamer Sicherheit und Maßnahmen zur Vertrauensbildung überwunden werden.

Noch ein Letztes in diesen Zeiten der Hochrüstung:

Aufrüstung wird wieder zu einem profitablen Geschäftsmodell. Die Reformen der Bundesregierung haben nur ein Ziel: Sie sollen die milliarden schwere Aufrüstung gegenfinanzieren. Fast jeder dritte Euro des Bundeshaushalts 2027 geht für Panzer, Kampfflugzeuge, Drohnen drauf. Die Zinslasten für schuldenfinanzierte Rüstungsausgaben sollen bis 2029 auf über 65 Milliarden Euro steigen – jeder achte Euro im Haushalt für die Aufrüstung. Und Zinsen gehen an die Vermögenden, die dem Staat Geld geliehen haben.

Für die Hochrüstung wird unten gekürzt – also bei denen, die es ohnehin nicht leicht haben: bei der Grundsicherung für Erwerbslose, beim Wohngeld, bei der Rente, beim Elterngeld, beim Unterhaltsvorschüssen für Alleinerziehende oder bei den Kinderzuschlägen, bei den Alten und Kranken, denn sie werden schlechter versorgt.

Von den dramatischen Kürzungen bei der Entwicklungshilfe ganz zu schweigen! Die Einsparungen werden Menschenleben kosten, so die Präsidentin von Brot für die Welt. Aufrüstung ist ein Verbrechen an den Armen. Aufrüstung tötet auch ohne Krieg.

Seit 2021 sind im Atomwaffenverbotsvertrag der UNO Atomwaffen, ihre Herstellung, ihr Besitz, ihre Verbreitung, die Androhung ihres Einsatzes und ihr Einsatz international verboten und völkerrechtlich geächtet. Wir dürfen nicht schweigen, wo Menschenverachtung, Krieg und die Drohung mit atomarer Gewalt wieder salonfähig werden.

Wir fordern die Bundesregierung Deutschland auf, dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag endlich beizutreten. Keine atomwaffenfähige US-Raketen auf deutschem Boden. Statt nuklearer Teilhabe im Rahmen der NATO brauchen wir Abrüstungsinitiativen.

Ich kann nicht schließen ohne eine Ermutigung: Christinnen und Christen lassen nicht ab von ihrer biblischen Vision: „Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden“.

Deshalb, liebe Friedensfreunde: Wir wollen nicht kriegstüchtig werden. Lasst uns friedentüchtig werden! Dem Rüstungswahnsinn müssen wir entgegenhalten: „Frieden schaffen ohne Waffen“.